



Bozen, 10. Jänner 2017

An alle Schulführungskräfte

Bearbeitet von:
Stephan Tschigg
Tel. 0471 417520
stephan.tschigg@schule.suedtirol.it

Rundschreiben Nr. 1/2017

Korruptionsvorbeugung und Transparenz in den autonomen Schulen

Sehr geehrte Schulführungskräfte!

I. Allgemeines

Wie Sie wissen, wurde im November 2012 – in Umsetzung diverser internationaler Abkommen zur Korruptionsbekämpfung – das staatliche „Antikorruptionsgesetz“ (Gesetz Nr. 190/2012) erlassen. Auch wenn laut Art. 1 Absatz 59 des Antikorruptionsgesetzes die darin enthaltenen Bestimmungen zur Vorbeugung und Unterbindung von Korruption und Rechtswidrigkeiten in der öffentlichen Verwaltung grundsätzlich auf alle öffentlichen Verwaltungen – einschließlich der Schulen – Anwendung finden, ist auf Staats- und auf Landesebene unmittelbar nach Inkrafttreten des Gesetzes Nr. 190/2012 eine Reihe von Zweifeln über dessen konkrete Anwendbarkeit auf die autonomen Schulen aufgekommen. Das Deutsche Schulamt hat daher mehrere Anfragen um Klärung an die zuständigen zentralen Stellen (Unterrichtsministerium, *Dipartimento della funzione pubblica*, staatliche Antikorruptionsbehörde ANAC) gerichtet und den Schulen mitgeteilt, dass sie über die weiteren Entwicklungen am Laufenden gehalten werden.

Erst mit Beschluss vom 13. April 2016, Nr. 430, hat die ANAC Leitlinien für die Umsetzung der Antikorruptions- und der Transparenzbestimmungen an den Schulen erlassen. Diese Leitlinien sehen vor, dass die regionalen Schulamtsleiter die Funktion der Verantwortlichen für die Korruptionsvorbeugung für die autonomen Schulen übernehmen. Als „Antikorruptionsverantwortliche“ für die autonomen Schulen haben die regionalen Schulamtsleiter einen Dreijahresplan zur Korruptionsvorbeugung der autonomen Schulen auszuarbeiten, der in der Folge vom politischen Leitungsorgan (Landesregierung) genehmigt wird.

Aufgrund der mit Gv.D. Nr. 97/2016 in Kraft getretenen Neuerungen wurde die Bestimmung laut Art. 10 Absätze 1 und 2 des Gv.D. Nr. 33/2013, wonach jede öffentliche Verwaltung ein dreijähriges Transparenz- und Integritätsprogramm zu genehmigen hat, aufgehoben; nunmehr hat aufgrund der neuen Bestimmungen der Dreijahresplan zur Korruptionsvorbeugung auch eine Sektion zur „Transparenz“ zu enthalten, sodass es jetzt nur mehr ein einziges Dokument gibt. Von besonderem Interesse für die Schulen ist auch die im staatlichen Antikorruptionsplan 2016 (genehmigt mit Beschluss der ANAC Nr. 831/2016) enthaltene Auslegung der Bestimmungen zur Transparenz, wonach die regionalen Schulamtsleiter für die autonomen Schulen nicht nur die Funktion der Verantwortlichen für die Korruptionsvorbeugung, sondern auch die Funktion der Verantwortlichen für die Transparenz übernehmen.

Im Lichte dieser Neuerungen hat die Landesregierung mit Beschluss vom 30. August 2016, Nr. 948, auf Landesebene den jeweiligen Schulamtsleiter zum Verantwortlichen für die Korruptionsvorbeugung und zum Verantwortlichen für die Transparenz für die autonomen Schulen ihres Zuständigkeitsbereichs ernannt und den Dreijahresplan zur Korruptionsvorbeugung der autonomen Schulen für den Zeitraum 2016-2018 genehmigt. In der Folge werden die Inhalte dieses Plans überblicksmäßig dargelegt.



II. Antikorruptionsplan

Der Begriff „Korruption“ ist in diesem Zusammenhang nicht nur auf den strafrechtlichen Tatbestand zu reduzieren; er umfasst sämtliche Verhaltensweisen, die sich negativ auf die gute Führung, die Effizienz und die korrekten Beziehungen zwischen Verwaltung und Bürgerschaft auswirken und letztendes zu Mängeln der Verwaltung führen.

Beim Antikorruptionsplan handelt es sich im Wesentlichen um ein programmatisches Dokument, welches a) die für die Korruptionsvorbeugung zuständigen Akteure samt Aufgabenfelder definiert, b) den Prozess des Risikomanagements beschreibt sowie c) eine Reihe von „Antikorruptionsmaßnahmen“ festlegt.

a) Akteure und Aufgabenfelder:

- Die Landesregierung legt die allgemeinen Ausrichtungsmaßnahmen im Bereich der Korruptionsvorbeugung fest, ernennt die Antikorruptions- und Transparenzbeauftragten und genehmigt die Antikorruptionspläne und die Verhaltenskodizes für das Landespersonal.
- Der Schulamtsleiter erarbeitet als Verantwortlicher für die Korruptionsvorbeugung den Antikorruptionsplan aus und überwacht dessen Umsetzung, verfasst/veröffentlicht einen jährlichen Bericht über die eigene Tätigkeit, kümmert sich allgemein um die verpflichtenden „Antikorruptionsschulungen“ der Bediensteten, überprüft, ob in besonders korruptionsgefährdeten Bereichen eine Rotation des Personals durchgeführt wird sowie sorgt dafür, dass die Verhaltenskodizes verbreitet/veröffentlicht werden und dass die Bestimmungen zur Nichterteilbarkeit und Unvereinbarkeit von Führungsaufträgen eingehalten werden.
- Der Direktor der Abteilung 16 Deutsches Schulamt unterstützt als Beauftragter für die Korruptionsvorbeugung den Verantwortlichen für die Korruptionsvorbeugung und fungiert als „Schnittstelle“ zwischen dem Antikorruptionsverantwortlichen und den Schulen.
- Die Schulführungskräfte beteiligen sich am Prozess des Risikomanagements (siehe infra ad b), halten die Präventionsmaßnahmen/Vorschriften des Antikorruptionsplans ein, sorgen dafür, dass diese vom Personal an der Schule eingehalten werden und setzen den Verantwortlichen bzw. den Beauftragten für die Korruptionsvorbeugung über allfällige Unregelmäßigkeiten in Kenntnis. Des Weiteren überwachen sie die Einhaltung der Verfahrensfristen und schlagen jene Bediensteten vor, die an den Fortbildungsveranstaltungen im Bereich „Antikorruption“ teilnehmen sollen.
- Das Personal an der autonomen Schule beteiligt sich am Prozess des Risikomanagements und nimmt an der Umsetzung der Präventionsstrategie teil. In diesem Sinne hat es den Antikorruptionsplan und den für ihn anwendbaren Verhaltenskodex zu kennen und einzuhalten, allfällige Interessenskonflikte der Schulführungskraft zu melden und sich in diesen Fällen zu enthalten, die Schulführungskraft auf allfällige rechtswidrige Handlungen hinzuweisen.
- Auch (externe) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Beraterinnen und Berater der Schule halten sich an die Bestimmungen des Antikorruptionsplans und des Verhaltenskodex des Landes.

b) Risikoanalyse:

Bei der Risikoanalyse handelt es sich um eine Bestandsaufnahme sowie um eine Ermittlung, Bewertung und Behandlung des Korruptionsrisikos an den autonomen Schulen. Laut Beschluss der ANAC Nr. 430/2016 hat die erste Aktualisierung des Dreijahresplans zur Korruptionsvorbeugung der autonomen Schulen bis zum 31. Jänner 2018 zu erfolgen. Im Zuge dieser Aktualisierung wird das Schulamt den Antikorruptionsplan um diese sog. Risikoanalyse ergänzen. Zumal es gemäß staatlichem Antikorruptionsplan unerlässlich ist, bei der sog. Risikoanalyse alle Stakeholder miteinzubeziehen, ist geplant, gemeinsam mit den Schulen diese Risikoanalyse durchzuführen. Die daraus resultierenden Ergebnisse werden in der Folge im dreijährigen Antikorruptionsplan 2018-



2020 verankert.

c) Weitere Maßnahmen in Zusammenhang mit der Antikorrupktion:

- Transparenz: Wie bereits erwähnt, wurde mit Gv.D. Nr. 97/2016 und mit Beschluss der ANAC Nr. 831/2016 eine Reihe von Vereinfachungen (auch) für die Schulen eingeführt:
 - es wurde u.a. die Verpflichtung abgeschafft, das dreijährige Transparenzprogramm zu erstellen;
 - die Maßnahmen zur Transparenz bilden nunmehr einen Teil des dreijährigen Antikorrupsionsplans;
 - die Schulführungskräfte sind nicht mehr Verantwortliche für die Transparenz (diese Funktion wird für die Schulen vom Schulamtsleiter ausgeübt).

Nichtdestotrotz bleiben die Veröffentlichungspflichten für die Schulen aufrecht.

Im Lichte der zitierten Neuerungen kann der Beschluss des Schulrates, mit dem an jeder Schule die Schulführungskraft als Transparenzverantwortlicher ernannt und mit dem das dreijährige Transparenzprogramm genehmigt wurde, als implizit aufgehoben betrachtet werden.

- Überwachung der Einhaltung der Fristen und Ersatzbefugnis: Die Einhaltung der Fristen für den Abschluss des Verwaltungsverfahrens ist ein Indikator für eine gute Verwaltung. Die Überwachung der Einhaltung dieser Fristen ist eine der wichtigsten Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption. Die Schulen haben dem Schulamt bereits die Verwaltungsverfahren mitgeteilt, die eine Dauer von über 30 Tagen aufweisen sowie jene Verfahren, für welche die allgemeine Regelung der stillschweigenden Zustimmung nicht gelten soll. Die Schulführungskräfte haben die Einhaltung der Fristen für den Abschluss eines Verwaltungsverfahrens zu überwachen und sind für alle Verfahren an der Schule ersatzbefugt und können ein Verfahren, welches vom zuständigen Sachbearbeiter/vom Verfahrensverantwortlichen nicht innerhalb der vorgesehenen Fristen abgeschlossen wurde, selbst zum Abschluss bringen.
- Der Schutz des „Whistleblower“: Es handelt sich dabei um Bestimmungen zum Schutz jener Bediensteten, die auf unerlaubte Handlungen hinweisen. Am Deutschen Schulamt wurde die E-Mail-Adresse whistleblowerdeu@schule.suedtirol.it eingerichtet, zu der der Schulamtsleiter als Verantwortlicher für die Korruptionsvorbeugung Zugang hat. Zudem wurde auf der Homepage des Deutschen Schulamtes unter der Sektion „Transparenz“ ein Formular für allfällige Meldungen bereitgestellt.
- Fortbildung im Bereich Antikorrupktion: Für Schulführungskräfte und Lehrpersonen finden Fortbildungsveranstaltungen im Bereich „Antikorrupktion“ statt.
- Die Rotation des Personals: Der Antikorrupsionsplan verweist auf die kollektivvertraglichen Bestimmungen des Landes (vgl. den Landeskollektivvertrag für die Schuldirektoren der Provinz Bozen vom 16. Mai 2003), wonach der Führungsauftrag u.a. auch aufgrund des folgenden Allgemeinkriteriums erteilt wird: „Rotation der Aufträge, mit dem Ziel, den effizientesten und effektivsten Einsatz der Ressourcen im Hinblick auf die Veränderungen und die Reorganisation der Ämterstrukturen zu gewährleisten und die Berufskompetenz der Schuldirektoren/innen zu fördern“.
- Verhaltenskodizes: An den Schulen gilt es zu beachten, dass es zwei Verhaltenskodizes gibt: Für das unterrichtende Personal und für die Schulführungskräfte (Staatspersonal) ist das DPR Nr. 62/2013 („Allgemeiner Verhaltenskodex für die öffentlichen Bediensteten“, den autonomen Schulen zur Kenntnis gebracht mit Rundschreiben des Schulamtsleiters Nr. 36/2013), für das nicht unterrichtende Personal (Landespersonal) ist der Verhaltenskodex des Landes (genehmigt mit Beschluss der Landesregierung Nr. 938/2014 – siehe dazu das Rundschreiben des Generalsekretärs der Landesverwaltung Nr. 7/2014) anwendbar. Es



wird darauf hingewiesen, dass die Verhaltenskodizes auf der Homepage der Schulen zu veröffentlichen sind.

- Enthaltungspflicht bei Interessenskonflikten: Im Falle eines auch nur potentiellen Interessenskonfliktes unterliegen die Verfahrensverantwortlichen/die Führungskräfte der Enthaltungspflicht; diese Situationen sind dem Vorgesetzten zu melden.
- Nichterteilbarkeit und Unvereinbarkeit von Führungsaufträgen: Die Schulführungskräfte geben bereits jährlich eine Erklärung über das Nichtbestehen von Unvereinbarkeitsgründen ab bzw. erklären, dass keine Nichterteilbarkeitsgründe vorliegen.

Mit freundlichen Grüßen

Der Schulamtsleiter und Ressortdirektor
Peter Höllrigl
(mit digitaler Unterschrift unterzeichnet)

Anlage: Beschluss der Landesregierung vom 30. August 2016, Nr. 948